

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unseren Annoncenstellen und allen ähnlichen Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 M.

Erbschaft täglich premial.
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 112.

Halle a. S., Montag, den 8. März.

1909.

Liberalismus und Blockpolitik.

Die Beschlüsse der Steuerkommission des Reichstages auf Einführung einer Besitzsteuer, die in den Einzelstaaten aufgebracht und an das Reich abgeführt werden soll, finden vielfachen Widerspruch in allen Parteien. Das ist begrifflich, denn Kompromisse gewähren niemals volle Befriedigung, da sie nur durch Zugeständnisse an eine andere Auffassung zustandekommen können. Ein erheblicher Teil des Widerspruchs, der in der Presse laut gemordet ist, rührt aber von mißverständlicher Auffassung und ungenügender Prüfung der vorgeschlagenen Bestimmungen her. Bezeichnend ist in dieser Beziehung ein Artikel des „Berliner Tageblattes“, der das Kompromiß lebhaft bekämpft, aber nahezu in allen seinen Sätzen von völlig unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Es wird gesagt, daß die Besitzsteuer in der Hauptsache einen Zuschlag zur Einkommensteuer bedeutet. Das ist unzutreffend. Für Preußen z. B. kommt praktisch nur die Vermögenssteuer in Betracht. Eine Heranziehung der Einkommensteuer aber müßte vorgezogen werden, weil in den meisten Bundesstaaten eine Vermögenssteuer nicht besteht. Wegen der Festsetzung der Grenze von 3000 Mark haben die freistimmigen entscheidenden Widerspruch erhoben. Sie fordern, daß zum mindesten das Arbeitslohn bis zu einer bestimmten Grenze freigeblieben werden muß. Aber es darf doch auch nicht übersehen werden, daß im Programm des Liberalismus eine Reichseinkommensteuer steht, und daß wenn die Einkommen bis zu 3000 Mark von der Besitzsteuer frei bleiben, 95 Proz. der Steuerzahler nicht getroffen werden. In dem erwähnten Artikel des „Berl. Tagebl.“ wird weiter gesagt, die Besitzsteuer diene nur als Dekoration, da sie vor dem 1. April 1911 nicht erhoben werden soll. Sie kann vorher nicht erhoben werden, weil zunächst die Unterlage für die Erhebung und die einzelstaatlichen Geheißvorschriften über die Veranlagung getroffen werden müssen. Es ist unrichtig, daß bis zum 1. April 1911 die ganze Last der Finanzreform auf die Kommuneverwaltungen gelegt werden soll, vielmehr muß bis dahin der entsprechende Betrag durch die Matrifularbeiträge aufgebracht werden. Es ist auch unzutreffend, was über die Unklarheiten bezüglich der künftigen Matrifularbeiträge gesagt wird. Vielmehr ist mit aller Klarheit festgestellt, daß die Besitzsteuer nicht mit den Matrifularbeiträgen verquittet werden soll, sie vielmehr ohne jede Bindung nach oben bestehen bleiben als ein bewährlicher Faktor im Reichshaushaltetat, auf den nach liberaler Auffassung nicht verzichtet werden kann.

Alle Einwendungen dieser Art sind sachlich unberechtigt. Es muß aber ohne weiteres zugegeben werden, daß die Konstruktion dieser neuen Besitzsteuer verziert und gekünstelt ist. Die freistimmigen haben diesen Weg erst betreten, nachdem die Nachlasssteuer und ihr Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer abgelehnt worden ist. Es kann nicht behauptet werden, daß diese Regelung liberalen Grundgedanken widerspricht. In früheren Jahren hat bereits Eugen Richter auf die Möglichkeit hingewiesen, direkte Reichsteuern dadurch zu schaffen, daß in den Einzelstaaten Zuschläge zu bestehenden Landessteuern erhoben werden. In der ersten Lesung der Steuerordnung hat den gleichen Gedanken Abg. v. Payer ausgesprochen. Diese Regelung hat gewiß ihre staatsrechtlichen Bedenken, weil sie unzweifelhaft einen Eingriff in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten bedeutet, aber die Liberalen haben sich vor einem solchen Eingriff niemals scheut, wie sie denn auch mit voller Überzeugung für eine Reichsvermögenssteuer eintreten. Es ist verständlich, wenn die Verfechter des föderativen Prinzips, die Konservativen und das Zentrum, sowie die einzelstaatlichen Regierungen schwere staatsrechtliche Bedenken geltend machen. Es ist aber durchaus verkehrt, wenn dieser Einwand von liberaler Seite kommt. In der Sache selbst ist es gleichgültig, ob die direkte Steuer, die auf die Schultern der wohlhabenden Volksschichten gelegt werden soll, unmittelbar vom Reiche oder mittelbar in den Einzelstaaten erhoben wird, die Steuerzahler bleiben dieselben. Es muß nur Vorsorge getroffen werden, daß die Erhebung in den Einzelstaaten im Sinne der Reichsgesetzgebung erfolgt, und diese Bürgerpflicht ist in der Hauptsache in den neuen Bestimmungen enthalten.

Diese Ausführungen machen wir nicht, um eine Besitzsteuer dieser Art unbedingt zu empfehlen, wir treten nach wie vor für die Nachlasssteuer ein und sind der Ansicht, daß gerade die Beschlüsse der Kommission, die auf starken Widerstand bei den Bundesregierungen stoßen muß, dazu führen werden, daß die Regierung energischer als bisher für die Nachlasssteuer eintritt und die einstweilen abgelehnte Ausgestaltung der Erbschaftsteuer erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Für die Zustimmung der Freistimmigen kam aber auch ein bedeutendes taktisches Moment in Betracht. Die Verhandlungen in der Kommission hatten sich zu der Frage zugekehrt: Soll an diesem Punkte der Block in die Arbeit eintreten und das Zentrum in seine frühere abschlüssigende Stellung wieder einziehen? Die freistimmige Fraktionsgemeinschaft hat sich entschlossen, dem Kompromiß vorläufige Zustimmung zu geben, weil sie es für sachlich, an dieser Stelle abzuwarten und dem Liberalismus die Verantwortung an dem Scheitern der Blockpolitik und der notwendigen Änder-

ung der Regierungsurbes aufzubürden. In einer Versammlung in Stettin hat Abg. Dr. Pachtke zutreffend ausgeführt:

„Wir wären an falscher Stelle abgewandt, wenn wir da verblieben, wo unser Grundgebäude liegt. Bisher vertrat die Konseration den Standpunkt des Reichs die indirekten Steuern. Von diesem Standpunkt haben wir sie abgedrängt; sie kommen uns entgegen, wenn sie der Heranziehung der größeren Einkommen und Vermögen durch Reichsbesitzung zustimmen. Vielleicht müssen wir bei einer indirekten Steuer, die nicht nach unserem Wunsch gestaltet wird, in die Opposition zurücktreten; das entspricht unserer Überzeugung und Vergangenheit. Bei der Anbahnung direkter Reichsteuern abzugeben, entspräche dagegen liberalen Traditionen nicht.“

In gleichem Sinne hat Abg. Dr. Wiemer in derselben Versammlung sich ausgesprochen und weiter erklärt, daß die Freistimmigen ihre Stellung zum Block nach der Gestaltung des Reformwerkes im ganzen einrichteten haben, sowie auch danach, ob und wie andere gesetzgeberische Forderungen erfüllt werden, — der konstitutionelle Ausbau des Staatswesens, die Reform des preußischen Wahlrechts, — die nach den Wünschen der bürgerlichen Völker gleichzeitig mit der Finanzreform gelöst werden müssen.

Ablehnung des Steuerkompromisses durch den Bundesrat.

Berlin, 7. März 1909.

An maßgebender Stelle wird der „Berliner Universal-Korrespondenz“ erklärt:

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Bundesrat das Blockkompromiß ablehnt. Ein derartiger Eingriff in die Finanzhoheit der Bundesstaaten kann in unserem auf föderativer Grundlage aufgebauten deutschen Reiche unter keinen Umständen zugelassen werden. Ist es einmal so weit gekommen, daß der Reichstag den Bundesstaaten Vorschriften über die Erhebung direkter Landessteuern macht, so ist das bisher hochgehaltene Prinzip der Finanzhoheit der Bundesstaaten durchbrochen. Und das ist nur noch eines Schrittes zu direkten Reichsteuern, deren Einführung die bundesstaatlichen Finanzen in höherem Grade gefährden würde. Die Finanzminister der Einzelstaaten treten ausnahmslos mit aller Energie gegen das Steuerkompromiß auf. Das Kompromiß ist, wie es schon in der Deffektivität mehrfach besidnet wurde, ein Verlegenheitsprodukt, für das sich im Bundesrat niemals eine Mehrheit finden wird.

Was die Nachlasssteuer betrifft, so ist es wohl richtig, daß der Schatzsekretär sie als conditio sine qua non der Finanzreform bezeichnet hat. Von diesem Standpunkte ist Staatssekretär Sybom bis jetzt nicht abgewichen. Er hat aber die von ihm vorgeschlagene Form der Besteuerung der Deszendenten nicht als rocher de bronze bezeichnet. Ueber einen weiteren Ausbau der schon bestehenden Erbschaftsteuer läßt der Staatssekretär mit sich reden und hat diesen Standpunkt durch seinen Hinweis auf eine Erbanfallsteuer in der Finanzkommission des Reichstages auch öffentlich kundgegeben.

Gesellschaft für soziale Reform.

Frankfurt, 5. März.

Heute trat die von Sozialpolitikern, Parlamentariern, Leitern von Fachorganisationen, Universitätslehrern usw. zahlreich besuchte Versammlung in die eigentlichen Arbeitsverhandlungen ein. Der Vorsitzende, Staatsminister a. D. Dr. Frhr. v. Beringer, begrüßte die Eröffnungen und wies darauf hin, daß die heutige Versammlung einen Abschnitt in der Geschichte des Vereins bedeute, da zum erstenmal Damen an ihm teilnehmen dürfen, die sich bei früheren Generalversammlungen in einem abgetrennten Räume aufhalten mußten. Infolge des neuen Vereinsgesetzes ist das geändert. Die Generalversammlung werde sich mit der wichtigen Frage der gesetzlichen Regelung des Rechtes der Privatbeamten zu beschäftigen haben. Bisher habe der Verein seine Aufgaben nur eng gefaßt und sich lediglich mit den auf die Verbesserung der Lage der Handarbeiter hinielenden Bestrebungen beschäftigt. Eine absolute Scheidung zwischen Handarbeitern und Privatbeamten sei aber nicht mehr möglich, nachdem der riesenhafte Aufschwung der Industrie letztere Kategorie so zahlreich vermehrt habe, und andererseits die Arbeiter wirtschaftlich emporgelassen seien. Es sei ein wichtiges politisches Problem, daß auch die wirtschaftlich unselbständigen Elemente an der Entwicklung des Staates teilnehmen, und es erfordere ganze Kraft und Vorwitz, damit diese Frage nicht eine gefährliche Entwicklung nehme. Mit Freude und Dank sei es zu begrüßen, daß bereits zwei Drittel der heute bestehenden Privatbeamtenorganisationen sich der Gesellschaft angeschlossen hätten, die dadurch einen erfreulichen Zuwachs be-

züglich der Zahl der Mitglieder an Talent und technischem Wissen sowie an sachverständiger Beurteilung auf dem Gebiete des gewerblichen Friedens erhalte. (Beifall.)

Oberbürgermeister Adickes-Frankfurt a. M.:

Es ist mit einer Freude und einer Ehre, Sie hier zu begrüßen, gerade hier in Frankfurt, wo der Sinn für den sozialen Frieden besonders entwickelt ist. Der Herr Vorsitzende hat bereits auf die Umsicht und Verliebtheit des Volkes hingewiesen. Speziell auf dem Gebiete der sozialen Frage, der richtigen Abgrenzung zwischen den Rechten und Pflichten des einzelnen haben Sie ein gemaltiges Schicksal geleistet, zu der ich Sie schon jetzt herzlich beglückwünsche. Man muß Angst und Bangen haben, wenn man sieht, welche Anforderungen an die Gesetzgebung gestellt werden. Man kann da behaupten, daß der furor legislatorius sich in einem furor legislativus verwanbelt habe. Und doch bildet die Betätigung der einzelnen Persönlichkeit die Grundlage des Staates und seiner Entwicklung. (Beifall.)

Privatdozentin Frau Dr. Altmann-Grotenheime-Mannheim begrüßt es freudig, daß den Frauen zum ersten Male die Gelegenheit gegeben sei, an den Arbeiten des Vereins tatkräftig mitzuwirken. Die gemeinnützige Arbeit von Männern und Frauen werde noch befriedigender sein, wenn auch die Frauenfrage zu einer sozialpolitischen Frage durch die Gesetzgebung gemorden sei.

Während der Begrüßungsreden erschien, lebhaft mit Beifall empfangen, Staatssekretär a. D. Graf Poldowsky

im Saale.

Darauf referiert Reichstagsabg. Dr. Rothhoff über das Recht der Privatbeamten an der Hand folgenden Leitfaden:

1. Die Aufgabe der Gesellschaft für Soziale Reform gegenüber dem Arbeitsrecht der Privatangestellten ist a) an Stelle der zerstückelten Interzessionspolitik eine einheitliche Politik zu legen, b) die soziale Gesetzgebung von allen Nebenwegen reinigen zu helfen, c) eine Bestimmung des Begriffs „sozial“ zu geben, 2. „Sozial“ bedeutet das Vorrecht des lebendigen Menschen vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Sozial ist das Recht nur, wenn es die Persönlichkeit des Staatsbürgers höher bemerkt als die Sachgüter, als Vermögensinteressen, als irgend welche Institutionen. 3. Die Hauptfehler des gegenwärtigen Arbeitsrechts sind: a) ein sozialer Charakter und das Vorwiegen der Vermögensinteressen, b) die Zerstückelung des Rechts in sechs Reichsgesetze und ein halbes Hundert Landesgesetze, die vielfach von einander abweichen und sich widersprechen, 4. Die Mängel des sozialen Rechts werden veranschaulicht durch eine unsoziale Rechtsprechung, 5. Die gegenwärtige Zerstückelung des Rechts der Angestellten ist aus sozialen, logischen und juristischen Gründen unhaltbar. Die Vereinlichung des Privatbeamtenrechts ist Vorbereitung für einen einheitlichen Fortschritt der sozialen Gesetzgebung, 6. die wichtigsten gesetzgeberischen Aufgaben der nächsten Zeit sind eine weitere Bekräftigung der Vertragsfreiheit durch Juangsvorschriften über den Dienstvertrag, die Einführung der Befähigung zur Entlassung eines Arbeitnehmers, die Übertragung der Bestimmungen des fortgeschrittenen Sondergesetzes in alle Sondergesetze, 7. Zur Erreichung eines einheitlichen Arbeitsrechts fordert die Gesellschaft a) die Fortsetzung der begonnenen Materialsammlung, insbesondere auch die Darstellung und Veröffentlichung, welche das Arbeitsrecht über Kulturböller verleiht; b) Veröffentlichung von Flugblättern und Zeitschriften über das Arbeitsrecht, um dadurch die öffentliche Meinung, die Rechtsprechung und die Gesetzgebung zu beeinflussen; c) Eingaben an die Behörden im Sinne von Punkt 6; d) Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Reichsgesetzes über den Dienstvertrag, der an Stelle der unzureichenden §§ 611 bis 651 treten und den größten Teil der heutigen Bestimmungen überflüssig machen soll.

In der Debatte sprachen der Direktor des Statistischen Amtes Kuhlmann (Bremen) und der Vertreter der Privatbeamten im Bergbetriebe, Direktor Mantler (Effen), der sich mit der Konzele zum Vergleiche befahte und dem Wünsche nach einer Erhöhung der Steinerlöse Ausdruck gab.

In der Nachmittagsung, der Graf Poldowsky ebenfalls wieder beimohtete, kamen zunächst die Delegierten und Vertreter der verschiedenen Verbände und Vereinigungen der Privatangestellten zu Worte. Der Vorsitzende des Leipziger Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen Reife trat gleichfalls gegen die Konkurrenzklawel ein und meinte, daß sie die bürgerliche Freiheit und die soziale Stellung der arbeitenden Bevölkerung stark beeinträchtigt. Nebst verbreitete sich dann ausführlich über die soziale Lage der Handlungsgehilfen, die trotz vieler durch die neue Gesetzgebung und besonders durch die Kaufmannsgerichte gefassten Verbesserungen noch sehr viele Härten aufweise, die beseitigt werden müßten. Thissen (Hamburg) vom deutschlandweiten Handlungsgehilfenverband wendete sich gleichfalls gegen die Konkurrenzklawel. Die gegenwärtigen Aufstände seien unhaltbar. Eine Besserung könne zwar nicht mit einem Schlage herbeigeführt werden; zum mindesten müsse sie aber etappenweise erfolgen.

Rechtsanwalt König (Nürnberg), der Vertreter der bayerischen Metallindustriellen, deren

Geheimerat gegen das Koalitionsrecht

der Techniker und Privatangestellten unter diesen so große Erregung hervorgerufen hat, tritt für die Interessen der Arbeitgeber ein und wendet sich sehr energisch gegen das Koalitionsrecht der Angestellten. Jedes Recht, führt er aus, hat seine Grenzen an dem Rechte dritter Personen, so auch das Koalitionsrecht. Man darf nicht einen

Teil nur recht geben, man darf nicht einseitig Maß und Schranken verlieren. Auf diese Weise werden die Reichsregierung und auch der Reichstag ihnen nicht folgen. Ihr Unkenntnis vor dem allein seligmachenden Staatsanwalter wird Sie selbst schwer schädigen. Es kann sehr leicht eine Rückwärtsbewegung des Koalitionsrechtes nach beiden Seiten vorgenommen werden. (Beifälliger Widerspruch.) Dann werden Sie ebenso geschädigt wie die Arbeitgeber.

Schlacht (Berlin) wendet sich energisch gegen die Ausführungen des Rechtsanwalts König.

In der weiteren Diskussion wendet sich Professor Dr. Kolln (Freiburg) als Vertreter der deutschen Unternehmungen gegen die Beurteilung der Reichsfrage seitens einiger Vorredner. Es ist unrichtig, wenn behauptet werde, daß der Mangel an einem sozialen Recht verurteilt werde durch eine ungleiche Rechtsprechung. Auch gegen die noch einigen Rednern beliebte Definition des Wortes „sozial“ sei Einspruch zu erheben. Im Recht sei jede Definition gefährlich, am gefährlichsten aber die Definition wirtschaftlicher Probleme. Handeln denn die Leute, die ihre Vermögensinteressen vertreten, nicht auch aus sozialen Gründen? Sozial bedeutet die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich Starken und den wirtschaftlich Schwachen zu schaffen, damit auch der wirtschaftlich Schwache im Kampfe um Dasein seinen Platz an der Sonne finde.

Privatdozent Dr. Gerloff (Tübingen) wendet sich gegen eine Neuauflage der „Kriegs-Zeitung“, die ausgeführt habe, daß die Gesellschaft für soziale Reformen kein Recht habe, sich als Vertreterin der Interessen des Mittelstandes hinzustellen, da die Gesellschaft diese Interessen vermischt habe. Zu vermindern brauche man sich über diese Leistung freilich nicht, es sei aber bezeichnend, daß sie gefasst sei zur Zeit, als Professor Wagner in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer so schmächtig behandelt worden sei. Gegen eine solche Neuauflage müsse entschieden Protest eingelegt werden. (Zustimmung.) Stadtrat Glätsmann (Nürnberg) gibt namens der Stadtverwaltungen die Zusage, daß die Kommunen, soweit es in ihrer Hand liege, dem Beamtenrecht reges Interesse entgegenbringen würden. Zu verwerfen sei aber eine etwa geplante Dezentralisation der Gerichte. Bibliothekar Tischendorf (Berlin) meint, die Arbeitgeber spielen mit der Ehre der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen wie die Kage mit der Maus. Die Moral der Arbeitgeber, die einen besetzten Boden habe, sei zur Genüge bekannt. Zu bekämpfen seien namentlich die verfaulichten Arbeitsverträge. Wenn sich später herausstelle, daß eine Frage mangelhaft beantwortet ist, sitze der Angestellte hinaus. Diplomingenieur Buchholz (Frankfurt) bittet die Gesellschaft, sich auch für die Schiffszweige und die technischen Angestellten der Reedereien zu interessieren. Den Schiffszweigen sei es infolge der wirtschaftlichen Depressionen möglich geworden, eine große Anzahl von Angestellten fast zu stellen. Die Bestimmungen des Feuertrages und der Seemannsordnung genügen bei den veränderten Verhältnissen durchaus nicht mehr.

Deutsches Reich.

Sel- und Personalnachrichten.

Gibraltar, 8. März. Die Fahrt des Länddampfers „Bilow“ mit dem Könige Friedrich August an Bord ist bisher günstig verlaufen. Am 1. März ging das Schiff von Antwerpen in See und hatte eine prachtvolle Fahrt bei schönem Wetter. Am 2. März wurde Southampton angefahren; der König blieb jedoch während des dortigen kurzen Aufenthaltes an Bord. Am 3. März erreichte der „Bilow“ die Bai von Biscaya, die mäßig bewegt war. Die Fahrt, die an der Küste entlang führte, ging bei herrlichem Frühlingswetter weiter vor sich. Am Sonnabend traf das Schiff vor Gibraltar ein. Der König ging mit seiner Begleitung an Land und unternahm einen kleinen Ausflug in die Stadt. Schon im Laufe des Vormittags ging das Schiff wieder in See nach Algier. Der König befindet sich wohl und zeigt großes Interesse an allen Vorgängen an Bord des Schiffes.

Änderung im Verfahren für den Kaiser bestimmten Zeitungsausschnitte.

Die Novemberereignisse des Vorjahres haben, wie auch in der Dessenität schon bekannt ist, einige Veränderungen bei Hofe gebracht. Eine der angeordneten neuen Maßnahmen bezieht sich auch auf die dem Kaiser zuzulegenden Zeitungsausschnitte. Bekanntlich werden allmählich von auswärtigen Amt, vom Kriegsministerium, vom Generalstab, vom Marineamt und vom Admiralstab Ausschnitte gemeldet und an das Privatsekretariat und Marine-Kabinett gelangt. Bisher war es nun Geflogenheit, Ausschnitte nur von Blättern mit bestimmter politischer Richtung dem Kaiser vorzulegen. In dieser Beziehung ist nun eine Veränderung eingetreten. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Blätter erhält der Kaiser jetzt Ausschnitte von Zeitungen aller bürgerlichen Parteien, ohne Ansehen ihrer politischen Richtung.

Eine zweite Veränderung betrifft die Zeitungsausschnitte der auswärtigen Presse:

Früher befand sich unter den Ausschnitten, die dem Kaiser vorgelegt wurden, eine große Anzahl auswärtiger Blätter; auch in dieser Beziehung ist eine Veränderung zugunsten der inländischen Blätter eingetreten, denn der größte

Teil der Ausschnitte, die dem Kaiser jetzt vorgelegt werden, entkamnt deutschen Zeitungen. Nur die Stücke der Zeitungsausschnitte ist täglich eine gewisse Zeit bestimmt. Einzelne Ausschnitte verbleibt der Kaiser mit Handbemerkungen, die in parlamentarischer Kürze die kaiserliche Auffassung über das Geschehene wiedergeben. Diese mit kaiserlichen Willensäußerungen versehenen Ausschnitte werden direkt an die Leiter der zuständigen Ämter geschickt, damit diese in der Lage sind, die Auffassung des Monarchen über die in den Zeitungsausschnitten behandelten Fragen kennen zu lernen.

Der Kölner Kerzestreit.

In der Angelegenheit des Kerzestreffes von Köln erließ der dortige Regierungspräsident eine Erklärung, daß durch die Weigerung der Landräte auf Übernahme der durch den Krankentafelverband überzulegenden Kranken Pflichten die Krankentafel verpflichtet gewesen sei, einzugreifen. Gestern vormittag fand nun in Köln eine Versammlung des Vorstandes des Krankentafelverbandes statt, die in einer Resolution dem Staatssekretär von Bechmann-Hollweg die vollste Zustimmung zu dessen Reichstagsrede vom 5. Februar aus sprach und erwartet, daß gefällige Maßnahmen getroffen werden, die den Kranken Verschaffen Schutz vor Vergewaltigungen durch den Kerzestrand gewährt werden.

Die Kommission zur Reform des materiellen Strafrechts.

die unter Vorsteh des preussischen Ministerialdirektors Lukas im preussischen Justizministerium schon seit langer Zeit tagt, hat ihre Arbeiten beendet. Die Kommission unterzieht den Entwurf einer novellierten Rechtsprechung, die bis zum Herbst beendigt sein dürfte. Der Entwurf soll dann der öffentlichen Kritik unterbreitet werden und nachher einer aus Strafrechtslehrern und hohen Justizbeamten zusammengesetzten Kommission zur gutachtlichen Beurteilung zugehen. Es wird dabei getreut, daß die neue Kommission ihre Arbeiten bis Ende dieses Jahres beendigt haben wird. Vor wenn die Verhandlungen mit den Bundesstaaten einen glatten Verlauf nehmen, wird sich der Reichstag schon im Jahre 1911 mit der Reform des materiellen Strafrechts befassen können.

Kaiser Wilhelm und die Franzosen.

Das Pariser Wochenblatt „Opinion“ versucht wieder einmal von sich reden zu machen, indem es Kaiser Wilhelm in folgende Aeußerung in den Mund legt: Vor kurzem hatte Kaiser Wilhelm französische Gäste bei Tisch. Im Verlauf der Konversation sagte der Kaiser zu seinen Gästen: „Ihr heißt das Genie, wir heißen die Kraft. Ich wollte, daß unsere Kraft euch schätzen und dadurch gestärkt möchte, auch dem Werte der Zivilisation und der Schönheit, zu dem ihr so sehr sehr, ungeführt widmen zu können.“

Die Richtigkeit dieser Meldung ist natürlich sehr zu bezweifeln.

Deutsche Gesellschaft für Zoologie.

In Berlin fand am gestrigen Sonntag die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Zoologie statt. Prof. Dr. Loewen (Kiel) begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Vertreter der österreichischen Gesellschaft für Zoologie, Professor Adolf Gottlieb (Wien) und den Vertreter der Schweizer Gesellschaft für Zoologie, Professor Stein (Bern). Dem Parlamentarier nahmen der freisinnige Landtagsabgeordnete Reichert Prof. Dr. Litz (Charlottenburg) und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Davd an der Begrüßung teil. Der Vorredner teilte mit, die Gesellschaft solle sich die Aufgabe setzen, in allen dafür geeigneten Kreisen das Interesse für Zoologie zu wecken und auf ihre stärkere Berücksichtigung im akademischen Lehrbetrieb der verschiedenen Wissenschaften hinzuwirken, eine Zentrale für zoologische Forschung zu schaffen und auch die Einrichtung eines zoologischen Instituts anzustreben. Mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft werde der Kreis der führenden Nationen geschlossen werden.

Rechner teilte weiter mit, daß der Vorstand sich aus folgenden Herren zusammensetze: Dr. Hermann Bed (Berlin), Professor Hertner (Charlottenburg), Professor Simmel (Berlin), Professor Dr. Loewen (Kiel), Professor Vierkant (Berlin). Ferner trat ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Professors Max Weber (Heidelberg) in Tätigkeit, dem u. a. folgende Herren angehören: Professor Bernheim (Greifswald), Eduard Bernheim (Berlin), Reichstagsabgeordneter Dr. David, Professor Goldschmidt (Wien), Professor Schwarz, der Rektor der Berliner Handelshochschule, Dr. Wolf (Berlin), Professor Retzius (Marburg), Werner Sombart, Professor (Berlin), Professor Alfred Weber (Heidelberg), Professor Dr. Simmel (Berlin) hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Zoologie. In dem die Wechselbeziehungen den Menschen, die Sprache und den Staat, die Kirche und die sittlichen Ordnungen geschaffen haben, wird die Kenntnis dieser Wechselbeziehungen zu einem neuen Mittel, alle Gesellschaftswissenschaften zu analysieren. Darin liege die Bedeutung einer zoologischen Gesellschaft.

Parteinachrichten.

Von der nationalliberalen Partei.

Berlin, 7. März. („Magdeburger Zig.“) Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei wählte heute in einer stark besuchten Sitzung in den geschäftsführenden

Ausschuß den Prinzen Schmalhaus-Garolath, Landgerichtsdirektor Heintze und Rechtsanwalt Fischer (König). In einer in der Perion des Randbanten Korall liegenden Schwere Besprechung der Wahl in Tagen-Bingen wurden die selben anerkannt, der Mangel an Disziplin gegenüber den Wünschen der Parteileitung und die Stimmung gegenüber dem Zentrum aber beantragt. Ueber die Reichstagsfrage für das reform bedürftigen Wasserwerk und Kadde. In der Diskussion wurde der fraktion einmütig Vertreten ausgesprochen. — Nach der Sitzung fand ein Essen im Hotel Union statt.

Stuttgart, 8. März. Hier fand gestern unter harter Beteiligung die Landesversammlung der jungliberalen Volkspartei statt. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Reichstagsfraktion erludt wird, fest zu bleiben gegenüber der Selbstsicht des Junkertums, neue Steuern nicht ohne konstitutionelle Garantien zu bewilligen und an der Nachsteuer festzuhalten. Die Resolution spricht sich gegen die Fortsetzung der Volkspartei aus.

Der „geklärte Familienmann“. Der Bund der Landwirte ist der nationale Feind“ erklärt Prof. Hans Dehrst in einem Artikel des „Tag“, in dem er für die Nachwahl eintritt. Er führt dort aus, daß infolge falscher Deklaration nur 60 v. H. des steuerpflichtigen Vermögens zur Besteuerung gelangten. In Preußen würden wenigstens 63 Milliarden Mark der Besteuerung entzogen. Die Nachwahl würde diese Steuern hinterziehen aufheben. Diejenigen, die sich rühmten, die Heiligkeit der Familie zu verteidigen, indem sie gegen die Nachwahlsteuer protestierten, kämpften in Wirklichkeit für den ärgsten Krebschaden, die größte Ungerechtigkeit, die untern ganzen Staatsorganismus veräufte: die Steuerbrüdererei. Aber nicht nur gegen die „Steuerbrüdererei“ auch gegen den Bund der Landwirte wettert der konservative Prof. Dehrst; er schreibt: Wenn die konservative Partei sich den Namen einer patriotischen nationalen Partei bemerken will, muß sie das Joch des Bundes der Landwirte abwerfen. Der Bund der Landwirte untergräbt und erschüttert in unserem Volke den Sinn für patriotische Opferwilligkeit. Die Landwirtschaft ist der stärkere Kern unseres nationalen Wirtschaftslebens, der Bund der Landwirte aber ist der Schädling der nationalen Volkswirtschaft. Der Bund der Landwirte ist einst gegründet nach dem Muster der Sozialdemokratie, und seine Demagogie ist heute viel gefährlicher als die seines Meisters und Meisters. Wenn die Finanzreform, die das Reich auf gute, solide Grundlände stellen sollte, nicht zustande kommt, so ist es die Schuld des Bundes der Landwirte. Der Bund der Landwirte ist der nationale Feind.

Deutscher Reichstag.

221. Sitzung vom 8. März, 2 Uhr. (Schluß.)

Abg. Graf Drocha (ntl.):

Die Vorlage stellt keine Bevorzugung des flachen Landes dar, sondern erfüllt im Gegenteil durchaus nicht alle berechtigten Wünsche der Landwirtschaft. Der aus der Landwirtschaft nicht etwas bieten will, muß für die Schaffung von Bezirksvereinen eintreten, wie sie heute schon in den fläsischen Industriebezirken bestehen.

Staatssekretär Kraetzke:

Bauern geht dazu über, die Bezirksvereine aufzuheben, weil es da keine Grenze gibt. Jeder will noch zum Volk gehören, und das ganze Land würde ein großes Bezirksnetz werden. Es ist erfreulich, daß der Reichstag sich im Gegensatz zur Presse einmütig für eine Revision der heutigen Gebietsordnung ausgesprochen hat.

Abg. Pauli-Potsdam (kon.):

spricht im Namen einer konservativen Minderheit gegen die Gebietsreform, die den Mittelstand befaßt. In ihrer jetzigen Form die Vorlage unannehmbar. Der Redner wünscht eine besondere Kommission für die Beratung.

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

führt Beschwerde über die Verwendung amtlicher Depeschformulare bei der Stichwahl in Bingen-Alzen, auf denen das nationalliberale Wahlkomitee zur Wahl des Zentrumskandidaten aufzuredete. Diese Depesche wurde auf den amtlichen Formularen vertrieben und an den Wählern angeheftet. Der Redner überreicht dem Staatssekretär ein solches Depeschformular.

Staatssekretär Kraetzke:

Abschriften eines Telegramms werden nur auf Wunsch der Mandatarien oder des Wählenden gegen Entgeltung der Kosten angefertigt. Ob die Abschriften in Bingen-Alzen beachtet sind, weiß ich nicht.

Abg. Hamecher (Ztr.):

Die Verwaltung sollte die Unterrichtsstufe für Unterbeamte mehr fördern. Die Bahnpostwagen lassen in hygienischer Beziehung noch viel zu wünschen übrig. Der Redner empfiehlt eine Resolution seiner Partei, wonach den Beamten vom Inhalt ihrer Personalakten Kenntnis gegeben werden soll. In Bapen und Babeln fand die Personalakten den Beamten zugänglich, die Disziplin leidet darunter nicht. Ohne diese Geheimnisstrammer wäre der Fall des Kapitän Berger nicht möglich gewesen.



Sunlicht Seife

Ist für die Instandhaltung der Wäsche unserer Kleinen wie keine andere geeignet. Sie verleiht ihr köstliche Frische und Reinheit im Gegensatz zu schlechten Seifen, die in den Wäschestücken ätzende und die Haut reizende Bestandteile zurücklassen. Die Behaglichkeit der jungen Weltbürger wird daher durch Sunlicht-Seife gefördert!



Hg. Gothein (fr. Egg.)

erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dieser Resolution und kommt dann auf die gefrige Auseinandersetzung zwischen seinem Reichsfreund Struwe und dem Staatssekretär zurück. Es wäre sehr erwünscht, daß die Staatssekretäre sich dessen bewußt sind, was sie sagen. (Sehr richtig! links.) Aber auch abgesehen davon, war die ganze Art und Weise der Antwort des Herrn Kraetzke so persönlich vornehm, daß wir als Abgeordnete aller Parteien alle Anträge haben, entchieden Vernehmung einzufordern. Wir erbitten diese Vernehmung. (Beifall links und im Zentrum.) Wir bringen uns keine Meinungen mitgeteilt und lassen es uns nicht gefallen, daß uns jetzt wird, wir helfen besser den Mund. Gegen diesen solchen Resortabstufismus protestiert der Reichstag entschieden. (Beifall links und im Zentrum.) Zahl und Schweige, das ist der Sinn der gefrigen Rede des Staatssekretärs.

Staatssekretär Kraetzke:

Es ist menschlich möglich, daß man bei einer Rede einmal ein Wort gebraucht, das man nachher bedauert. Wenn ich meine Rede ausarbeitete, habe ich jedes Wort im Kopfe, aber im Eifer des Gedächtnisses kann man einmal entgleisen. Im übrigen ging der Angriff nicht von mir aus, sondern vom Hg. Struwe. (Sehr richtig! rechts.) Er hat gesagt, die Polizeiverwaltung habe willkürlich zusammengegrastetes Material in ihrer Denkschrift niedergelegt, und der Chef der Verwaltung habe kein Interesse und kein Wohlwollen für seine Beamten. Dagegen protestiere ich, denn das versteht der Hg. Struwe nicht. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Mehr als einen Ausbruch zuzulassen kann man nicht. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Hg. Eichhoff (fr. Bp.):

Einer rheinisch-westfälischen Exportfirma, die sich nach dem Vertheil der an Bord eines untergegangenen Schiffes befindlichen Wertheilungen erkundigt hat, hat die Polizeiverwaltung keine Antwort erteilt. Die Firma erfuhr erst aus der „Köln. Zig.“, daß die Post verloren gegangen ist. Die Polizeiverwaltung sollte doch solche für den Handel wichtigen Fragen wenigstens eines Schreibes würdigen. Beim Untergang von Dampfern, die Post mit sich führten, sollten von Amtswegen sofort Erkundigungen eingezogen werden.

Direktor im Reichspostamt Kobelt:

Es wird dem nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Leider läßt sich bei Unfällen in entfernteren Gegenden nicht immer gleich feststellen, ob das Schiff Post mit sich führt.

Hg. Gothein (fr. Egg.):

Der Staatssekretär glaubt wohl, daß er seine Position durch die Unterbrechung seiner gefrigen Brüste Antwort verbessert hat? Wir sind auch durch seine heutige Erklärung nicht befriedigt. Die Aussprache schließt. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Angenommen wird eine Resolution der Freireichigen, die eine Denkschrift über die Wirkung des Dienstaltersrentensystems auf die Besoldung der unteren und mittleren Beamten forbert.

Hg. Hed-Heibelberg (ntl.):

beantragt, die in der Budgetkommission gestrichenen Stellen von Oberprokuratoren wieder herzustellen.

Hg. Erzberger (Ztr.):

Was nützt die ganze Arbeit der Kommission, wenn ihre Beschlüsse hier wieder über den Haufen geworden werden? Wegen der sehr schwachen Besetzung des Hauses wird die Abstimmung ausgesetzt.

Hg. Hed-Heibelberg (ntl.):

beantragt weiter die von der Kommission gestrichenen Stellen von Vorlesern 1. Klasse wieder herzustellen.

Hg. Erzberger (Ztr.):

Es scheint System in der Sache zu liegen. Wenn es so weiter geht, werde ich namentliche Abstimmung über die einzelnen Positionen beantragen.

Vizepräsident Dr. Paschke:

Weitere Anträge auf Feststellung der Regierungsvorlage liegen nicht vor; die Ausfertigung des Hg. Erzberger war also nicht angebracht.

Hg. Wed (ntl.) wahrt sich das Recht der Stellung von Anträgen auch gegen einen Beschluß der Kommission. Die Abstimmung wird auch hier ausgesetzt. Die Resolution der Budgetkommission über eine anderweitige Einteilung der Postämter 1., 2. und 3. Klasse wird angenommen.

Weiterberatung Montag, 2 Uhr, dann Weingeist. Schluß 7 Uhr.

Ausland.

Abchaffung des Vetorechtes bei der Papstwahl.

Dem sanften Giuseppe Sarto aus Venedig ist zu Beginn seiner Regierung häufig der Vorwurf gemacht worden, er bestimme nicht den durchdringenden Willen, mit dem sein Vorgänger auf dem päpstlichen Stuhl, Leo XIII., für das Heil der Kirche wirkte. Allgemach hat aber Pio decimo gezeigt, daß er doch mehr ist, als nur der sanfte Stier; Enghirten und Schwierigkeiten haben dies zur Genüge dargetan. Jetzt kommt

die Nachricht von einem neuen aufsehenerregenden Schritt des heiligen Vaters. Eine Bulle Pius X. hebt das länger als ein Jahrtausend bestehende Vetorecht weltlicher Mächte bei der Papstwahl auf. Ein Telegramm berichtet hierüber wie folgt:

Mailand, 8. März. Nach einer Meinung des Turiner „Momento“ würde gestern an die Kardinalie eine Bulle des Papstes verteilt, die das Vetorecht der weltlichen Mächte bei künftigen Papstwahlen aufhebt und den Kardinalen bei Strafe der Exkommunikation verbietet, irgend eine direkte oder indirekte Beeinflussung durch eine weltliche Autorität während des Konklaves zu dulden.

Gerade in der Wahl, durch die Kardinal Sarto auf den päpstlichen Stuhl gelangte, wurde das Vetorecht zum letzten Male in Anspruch genommen.

Während in den ersten Jahrhunderten der päpstlichen Herrschaft das Oberhaupt der Kirche von der Geistlichkeit und dem Volke gewählt wurde, forderten schon die ersten Kaiser den Einfluß auf die Wahl. Nach Untergang des Gotenreiches ging das Recht, gegen einzelne Kandidaten für die Papstwahl Einspruch zu erheben, auf die bisantinsischen Kaiser über und seit 824 verlangten das gleiche Befähigungsrecht die Karolinger. Je nach dem politischen Stande der Vorkaiser oder der deutschen Kaiser, ist die Wahl dem Kaiser oder dem Papst gewährt wurde, führte auch auf Drängen mehrerer Kardinalie das Befähigungsrecht der weltlichen Herrscher bis auf ein formales veto ein, und bestimmte, daß der entscheidende Einfluß auf die Papstwahl nur dem Kardinalkollegium zustehet. Immerhin erhielt sich dieses formale Vetorecht beim Hause Habsburg bis auf den heutigen Tag und erst der Einspruch Kaiser Franz Josefs gegen eine eventuelle Wahl Rampollas veranlaßte die radikale Partei im Vatikan zur Veltreibung, das weltliche Vetorecht ganz aufzuheben.

Zur Polthankeis.

Noch immer ist die Situation ziemlich ungelöst; noch kann die serbische Regierung sich zu einer entscheidenden Stellungnahme nicht entschließen. Immerhin scheinen die Herren in Belgrad sich darüber klar zu sein, daß man nicht gegen sie, ihre Hinterlistige noch länger mit anzusehen. Da die leitenden Staatsmänner in Serbien offenbar der Bevölkerung gegenüber die notwendige Autorität behalten, um selbständige Schritte zu unternehmen, so soll die ganze Angelegenheit der Skupstina unterbreitet werden. Wie sich die Dinge im Balkan gestalten werden, hängt also nunmehr in erster Linie von der Stellungnahme des serbischen Parlaments ab.

Wenig geeignet, die ohnehin stark erregte Stimmung der serbischen Bevölkerung zu befähigen, sind Gerüchte, die von

Verärterien eines serbischen Artilleriemajors

berichten. Die Besizer der Polizei will die Entdeckung gemacht haben, daß der pensionierte Artilleriemajor Zinto Jankowitsch der österreichisch-ungarischen Gelandchaft Spionagedienste leistet, und zwar durch Vermittlung des Handelsagenten Karl Müller, der österreichischer Staatsbürger ist. Jankowitsch wurde verhaftet und soll bereits gefänglich sein. Beim Verhör soll er bemerkt haben, daß die nur kleine Pension, die er vom serbischen Staate bezieht, ihn zu dieser neuen Erwerbquelle gezwungen habe. In die Spionageaffäre sollen mehrere höhere Beamte und Offiziere verwickelt sein.

Neue tschechische Ausschreitungen in Prag.

Der allsonntägliche Krawall in Prag hat auch gestern nicht auf sich warten lassen. Auf dem Wenzelsplatz, wo seit einigen Sonntagen die deutschböhmischen und deutschtschechischen Studenterverbindungen ihren Kummel veranstalteten, hatten sich bereits in den ersten Vormittagsstunden eine größere Menge erschulter Fischer angeammelt, und es kam im Laufe des Mummels zu einem lebensgefährlichen Gedränge und zu wüsten Schlägereien, bei denen die deutschen Studenten mit Knüttelschlägen und Stockhieben traktiert, beschimpft und bespuckt wurden. Einer der deutschen Studenten wurde, wie es heißt, von einem tschechischen Juristen, durch einen Stich in die linke Wange sehr erheblich verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Auch sonst wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei vermochte nur mit großer Mühe die streitenden Parteien zu trennen, und erst als die Studenten sich nach Brandtaum des Mummels in das Deutsche Haus begeben, trat allmählich Ruhe ein. Auch mittags sammelten sich vor dem Deutschen Hause von neuem große Haufen von Ruhestörern an, so daß schließlich Gendarmen ausrückten und die Zugänge zu den Seitenstrassen absperrten mußte. Die Exzedanten wurden lebhaft in die Vorstädte getrieben, wo sie sich zerstreuten. Um 1 Uhr herrschte wieder Ruhe.

Von den italienischen Wahlen.

Die genauen Wahlergebnisse aus 402 von insgesamt 508 Wahlkreisen sind bisher bekannt. Gewählt sind: 323 Mit-

nisterielle, 13 Kandidaten der konstitutionellen Opposition, 14 Katholiken, 17 Radikale, 9 Republikaner und 21 Sozialisten. Ministerpräsident Giolitti wurde mit großer Mehrheit in Messina wiedergewählt. In Turin sind von den 5 Wahlbezirken 2 von den Sozialisten erobert worden. In Aversa kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Regierungsanhängern und Oppositionellen.

Royalistische Ausschreitungen in Frankreich.

Immer größeren Umfang nehmen die nicht ganz einwandfreien Antriebe der royalistischen Partei in Frankreich an. Raum ein paar Tage vergehen mehr, an den nicht die öffentliche Ruhe durch die Royalisten aufs größte verletzt wurde. Die Regierung hat sich, wie es scheint, noch immer nicht zu scharfen Maßnahmen gegen die Rabau-Banden entschlossen. Denn von den 200 Verhafteten, von denen das folgende Telegramm berichtet, wurde die Mehrzahl alsbald wieder zur Verbringung neuen Unfalls in Freiheit gesetzt.

Paris, 8. März. Anlässlich der Enthüllung des Denkmals von Carl Floquet sind gestern nicht weniger als 900 Verhaftungen wegen Aufrüstung und Auslösung aufrührerischer Rufe vorgenommen worden. Die Mehrzahl der Verhafteten wurde nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Als der Präsident der Republik in seinem Wagen von der Feste zurückkehrte, wurde er mit dem Rufe „Mörder“ begrüßt. Es kam im Laufe des Nachmittags zu Kundgebungen und Streitigkeiten zwischen Republikanern und Antirepublikanern wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

Meteorologische Station.

	6. März 9 Uhr abends	7. März 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	748.4	748.8
Thermometer Celsius	-1.7	-8.0
Rel. Feuchtigkeit	76%	77%
Wind	SE	SE
Maximum der Temperatur am 6. März: 2.1° C.		
Minimum in der Nacht vom 6. März zum 7. März: -8.4° C.		
Niederschläge am 7. März 7 Uhr morgens: 0.2 mm.		
	7. März 9 Uhr abends	8. März 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	746.2	745.2
Thermometer Celsius	-1.7	-4.4
Rel. Feuchtigkeit	78%	84%
Wind	SE	SE
Maximum der Temperatur am 7. März: 3.1° C.		
Minimum in der Nacht vom 7. März zum 8. März: -4.0° C.		
Niederschläge am 8. März 7 Uhr morgens: 0.0 mm.		

Wetter-Aussichten.

- 9. März: Mild, trübe, teils kalte Winde, Strichregen.
- 10. März: Mild, trübe, Niederschläge, starke Winde.
- 11. März: Mild, bedeckt, Niederschläge, windig.
- 12. März: Bedeckt mit Niederschlägen, normal, feuchtkalt, teils heiter.
- 13. März: Bedeckt, teils heiter, kühl.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Neunhäuser 3 wird Dienstag ein **A u m n i u m - S p e z i a l - G e s c h ä f t** eröffnen. Die große Beliebtheit dieses Geschäftes, welches sich bisher infolge des teuren Preises jedoch nicht überall Eingang verschaffte, ist erwiesen. Dagegen macht es sich nun zur Pflicht, auch den weniger Bemittelten dieses Geschäft zu sehr billigen Preisen zu beschaffen und in den Handel zu bringen, und werden es unsere Frauen wohl begrüßen, daß ihnen eine billige Bezugsquelle für nur erstklassige, best bewährte Rein-Aluminium-Rohgeschäfte entsteht. Im übrigen verweisen wir auf die heutige Nummer.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsenteil: Edwin Alexander-Rag; für den Inzeratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Gebr. Zorn, Groß-Büch. Hoflieferanten, Gr. Steinstr. 9, empfehlen

Wiesner & Co.

in feinen und feinsten Qualitäten. Bevorzugte Mischungen a 46.250 pro Pfd., kräftig u. ausgiebig, u. a 46.350 pro Pfd., mild u. aromatisch.

Die Neuheiten der Frühjahrs-Saison sind eingetroffen und bitte ich um gütige Besichtigung meiner

Modellhut-Ausstellung.

Durch die bedeutende Vergrößerung meiner Verkaufsräume bringe ich ausser eleganten Modellen der renommiertesten Pariser und Wiener Modellhäuser auch **Copien** zu geringeren Preisen in bekannt guter Ausführung.

Englisch garnierte Hüte. — Kinder- u. Backfisch-Hüte. — Trauerhüte.

Amanda Stegmann-Haase,

Gr. Steinstr. 83, parterre u. I. Etage.

